

## 7. Nur-ein-Flughafen-Initiative

Einzelinitiative Peter Wolfgang von Matt, Zürich, vom 1. März 2020

KR-Nr. 87/2020

*Ratspräsident Roman Schmid:* Eintreten auf Einzelinitiativen ist obligatorisch. Gemäss Paragraf 139 des Gesetzes über die politischen Rechte ist festzustellen, ob die vorliegende Einzelinitiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird.

Wird das Wort zur vorläufigen Unterstützung der Einzelinitiative gewünscht?

*Felix Hoesch (SP, Zürich):* Die vierte Piste für Kloten braucht es nicht. Die SP ist nicht grundsätzlich gegen den Flugverkehr, in unserer vernetzten und globalisierten Welt ist der Austausch wichtig. Aber das grenzenlose Wachstum, das von der flugbegeisterten Lobby vertreten wird, muss ein Ende haben. Und darum muss der ewige Ausbau am Flughafen beendet werden und dazu zählen wir eben auch die vierte Piste in Dübendorf. Für das einmal jährlich stattfindende World Economic Forum oder gar aktuell als Parkplatz (*für während der Corona-Pandemie nicht eingesetzte Flugzeuge*) ist diese Fläche viel zu schade.

Diese Landreserve soll viel sinnvoller für die Menschen und die Natur genutzt werden, also mit einem grossen Park für Biodiversität und die Menschen der Wachstumsregion Glatttal und an Lagen mit guter ÖV-Erschliessung auch für zusätzliche Wohn- und Geschäftsnutzungen; ganz im Sinne der inneren Verdichtung.

Die aktuelle Zeit mit dem Coronavirus zeigt auch, dass weniger Geschäftsreisen notwendig sind, als immer gedacht. Mehr Sitzungen können per Video abgehalten werden und es braucht nicht immer persönliche Reisen. Das spart Zeit und Geld und schont die Umwelt. Und die spottbilligen Flugreisen zum Vergnügen empören mich schon lange. Sie sind nur so billig, weil externe Kosten wie Lärm und Klimafolgen mehrheitlich ignoriert werden. Und genau darum braucht es eben die vierte Piste für Kloten nicht. Und es braucht weniger Business-Jets, die darauf fliegen sollen. Diese haben Platz auf den drei Pisten in Kloten, wenn dort weniger Ferienflieger abheben, die ihre wahren Kosten bei Weitem nicht tragen.

In diesem Sinne unterstützt die SP diese Einzelinitiative vorläufig. So helfen wir auch, den Sommer-Lockdown zu umgehen. Herzlichen Dank.

*Christian Lucek (SVP, Dänikon):* Grundsätzlich ist die Luftfahrtpolitik Sache des Bundes, ein Artikel in der Kantonsverfassung, welcher auf Bundeskompetenzen hinwirkt, ist kaum sinnvoll. Da im Kanton Zürich ausser in Kloten nur in Dübendorf eine grössere aviatische Infrastruktur besteht und kaum andernorts eine neue gebaut wird, gehe ich davon aus, dass das Begehren auf eine Vermeidung einer gewerblichen Nutzung des Flugplatzes Dübendorf zielt, wie das auch mein Vordner bestätigt hat. Dieser ausgearbeitete Entwurf einer Verfassungsänderung ist

unpräzise und es stellen sich dabei auch einige begriffliche Fragen: Was sind Düsenflugzeuge? Könnte dann in Dübendorf mit grossen und lauten Turbopropmaschinen und Helikoptern gewerblich operiert werden, da diese mit diesem Verfassungsartikel nicht ausgeschlossen werden? Ebenfalls ist der Begriff «Flughafen» falsch, wenn er Dübendorf meint. Wie bei den Strassen gibt es auch bei der aviatischen Infrastruktur Klassierungen, es gibt daher Flughäfen, Flugplätze, Flugfelder. Da Dübendorf auch mit der vom Bund beabsichtigten Nutzung ein Flugplatz ist und bleibt, wäre das Ziel der Initiative eigentlich schon erreicht, weil es mit Zürich-Kloten auch in Zukunft nur einen Landesflughafen im Kanton Zürich geben wird.

Der Berufsiniziant – in seinem LinkedIn-Profil (*Online-Netzwerk*), nebst Autor und Dolmetscher, tatsächlich die Berufsbezeichnung von Herrn von Matt –, Urheber der zustande gekommenen Besonnungs-Initiative gegen die ZKB-Seilbahn (*Jubiläumsprojekt der Zürcher Kantonalbank*), deklariert in der Begründung diese Initiative als Hilferuf; dies, weil die ebenfalls von ihm initiierte Unterschriftensammlung zur gleichlautenden Volksinitiative, angeblich Corona-bedingt, ins Stocken geraten ist. Da die Fristen für die Unterschriftensammlung nun eingefroren wurden, ist es dem Initianten und seinen Verbündeten von SP und «Fairflug» (*Anti-Fluglärm-Organisation*) überlassen, am Volksbegehren festzuhalten, statt den einfachen Weg der Einzelinitiative zu gehen.

Die SVP lehnt diese ab.

*Alex Gantner (FDP, Maur):* Die Einzelinitiative nimmt den Verfassungsartikel 104 ins Visier, das ist der sogenannte Verkehrsartikel mit heute drei Absätzen. Es geht einerseits um die Ordnung des Verkehrs, um ein leistungsfähiges Verkehrsnetz. Es geht, zweitens, dort um die Hoheit des Kantons über die Staatsstrassen und beim dritten Absatz über die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Dieser Verkehrsartikel ist ja nicht zum ersten Mal im Fokus von Initiativen, ich möchte an die Antistau-Initiative erinnern. Da wurde ja der Gegenvorschlag vom kantonalzürcherischen Souverän auch angenommen. Daher gibt es jetzt bereits einen Absatz 2<sup>bis</sup>, wo es um die Leistungsfähigkeit der Strassen geht. Wir stellen fest, in der Verfassung – und wir sind auf der Flughöhe der Verfassung – ist der Verkehr adressiert. Es ist aber der landbasierte Verkehr, vielleicht mit etwas Untergrund, sei es für die Autos und die Tunnels oder den ÖV. Sie haben vielleicht festgestellt: Bald kriegen auch die Velos einen Tunnel unter dem Hauptbahnhof. Wir sind hier also in der Fläche der zweiten Dimension, und es soll sich jetzt eine Ergänzung anbahnen, bei der es um die dritte Dimension geht, um die Aviatik. Und wir stellen auch fest, dass in der Kantonsverfassung bis heute diese Dimension, die Aviatik, keinen Platz hat. Der Grund ist der – das hat auch schon Kollege Christian Lucek erwähnt –, dass dies Bundesaufgabe ist. Es ist Bundesaufgabe, wie verschiedenste andere Infrastrukturen hier im Kanton Zürich, zu denen in der Verfassung auch nichts steht, sei es zu den Flugplätzen oder Flughäfen, sei es auch im ganzen Bereich der Landesverteidigung mit Kasernen und anderen Infrastrukturen oder sei es bezüglich ETH und EMPA (*Eidgenössische Materialprüfungsanstalt*). Das ist alles in unserer Verfassung auf dieser sehr hohen Flugebene nicht

erwähnt, das hat auch seinen Grund und seine entsprechende Tradition. Die Flughäfen sind Bundeskompetenz. Da geht es um Konzessionen, da geht es um SIL-Objektblätter (*Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt*), und die FDP ist nach wie vor der Meinung, wir sollten bezüglich des Flugplatzes Dübendorf ergebnisoffen sein, bezüglich der zusätzlichen Aviatik in Dübendorf. Es braucht keine Einschränkungen auf Verfassungsebene. Es braucht diesbezüglich auch keine Einschränkungen im Richtplan. Ich erinnere hier auch noch an die pendente Vorlage 5598, mit deren demnächst in der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*) begonnen wird.

Es braucht vor allem auch keine Konflikte unserer Verfassung mit der Bundesverfassung, mit Bundesaufgaben. Daher lehnen wir die vorläufige Unterstützung dieser Einzelinitiative klar ab.

*Stefanie Huber (GLP, Dübendorf)*: Dass im Kanton Zürich nur ein Flughafen für den gewerbsmässigen Verkehr von Düsenflugzeugen betrieben wird, wie es die Einzelinitiative will, ist grundsätzlich ein politisches Ziel der Grünliberalen. In Anbetracht der Grösse oder eben auch Kleinheit, international gesehen, unseres Kantons und des Luftraums ist das eigentlich auch nur logisch. In Bezug auf die konkreten Diskussionen der letzten Jahre haben wir uns immer wieder vehement gegen Auslagerungen von Kloten nach Dübendorf ausgesprochen.

Aus diesem Grund werden wir Grünliberalen die Einzelinitiative vorläufig unterstützen. Dies vor allem, um ein klares Zeichen gegen einen übermässigen Flugverkehr zu setzen. Das Werkflugplatz-Konzept der Anrainergemeinden als Kompromissvorschlag werden wir weiterhin, unabhängig von dieser Einzelinitiative, unterstützen. Wir sind nicht ganz so ergebnisoffen, wie mein Vorredner das gesagt hat, was Dübendorf anbelangt, wir haben unsere Vorstellungen. Das Werkflugplatz-Konzept der Anrainergemeinden ist unser Kompromissvorschlag.

Wir sind uns sehr bewusst, dass die Einzelinitiative ein paar Haken hat, ich möchte diese hier noch einmal erwähnen: Ob diese Schutzklausel, wie es der Initiant fordert, überhaupt in die Verfassung soll, ob sie verfassungswürdig ist, können wir diskutieren, wenn wir die EI heute vorläufig unterstützen. Auch wie meine Vorredner gesagt haben, sind viele begriffliche Fragen offen. Die Formulierung «gewerbsmässiger Verkehr von Düsenflugzeugen» ist ganz sicher nicht der Weisheit letzter Schluss. Und auch wir haben uns sehr gut überlegt, diese EI zu unterstützen. Denn mit der vorläufigen Unterstützung einer EI, zu welcher gleichzeitig eine Unterschriftensammlung zu einer Volksinitiative läuft, riskieren wir ein Präjudiz. Andere Initiativkomitees, die in den kommenden Monaten ebenfalls unter erschwerten Bedingungen Unterschriften sammeln müssen, bringen wir auf die Idee, ebenfalls eine bequemere EI einzureichen. Da war einer schlau, das müssen wir dem Initianten lassen.

Unter diesen Vorbehalten werden wir die EI vorläufig unterstützen. Danke.

*Urs Dietschi (Grüne, Lindau)*: Der Vorredner Christian Lucek hat festgestellt, dass die Flughafenpolitik in Bern gemacht werde. Warum wird sie in Bern ge-

macht? Weil die Kantonsregierung jahrelang darauf hingearbeitet hat und Kompetenzen abgeben wollte. Es ist an der Zeit, dass der Kanton sich wieder für seine Interessen einsetzt, und das ist mit dieser Flughafeninitiative der Fall.

Wie der Initiant in seiner Initiative richtig feststellt, ist die Anbindung des Kantons und auch der Schweiz an die Welt durch die heutige Grösse des Flughafens Zürich mehr als gewährleistet. Dass der Flughafen für unsere Bedürfnisse überdimensioniert ist, zeigt auch, dass ein Drittel der Abfliegenden Umsteigepassagiere sind. Ein weiterer Ausbau des Flughafens Kloten mit geplanter Auslagerung des Businessverkehrs nach Dübendorf macht nur für die Flugindustrie Sinn, die um jeden Preis wachsen will. Der Schutz der Bevölkerung, wie die Initiative richtigerweise darauf hinweist, wird mit der heutigen Flughafenpolitik total in den Hintergrund gedrängt. Das Bedürfnis der Bevölkerung nach Ruhe wird mit Worten bejaht, mit Taten allerdings bis vor den Lockdown praktisch täglich missachtet, gestützt von einer Politik, die die Bedürfnisse der Wirtschaft weit – sehr weit – vor die Bedürfnisse der Bevölkerung stellt. Mit der Optik, nach dem Lockdown wieder auf die alte, ungesunde Grösse und Frequenz zu kommen, ist das neuste Tiefpreisangebot der Swiss (*Schweizer Fluggesellschaft*) anzusehen. Mit fast 2 Milliarden Franken vom Bund, ohne echte Auflagen, wird eine kranke Branche unnötig gestützt, die schon länger an Überkapazität und zu wenig Kapital leidet und die Gewinne ins Ausland abführt. Die durch die Fluglobby massiv überhöht dargestellte Wichtigkeit der Fliegerei und des Flughafens blendet aus, dass auch die Luftfahrt ihren Anteil zur Erreichung der Pariser Klimaziele durch die Schweiz beisteuern muss. Auch darauf wirft die Initiative ein Augenmerk. Um nur ein klein wenig näher an die Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens zu gelangen, gehört auch das Überdenken der Businessfliegerei dazu, die weniger einem echten Bedürfnis als vielmehr einem Statussymbol entspricht. Zur Wichtigkeit des Flughafens sei noch festzustellen, dass rund 10 Prozent Geschäftsreisen sind, der Rest ist «just for fun». Und nebenbei bemerkt sind die sogenannten Massnahmen der Flugwirtschaft zur Erreichung der Klimaziele bei weitem unzureichend, im Gegenteil: Die kleinsten Massnahmen, wie Ticketabgaben, werden von der Fluglobby und ihren Wasserträgern massivst bekämpft. Vom löchrigen CORSIA (*Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation*) ganz zu schweigen.

Die Initiative setzt am richtigen Ort an. Der Flughafen Zürich deckt alle echten Bedürfnisse der Wirtschaft und der flugaffinen Bevölkerung mehr als nur ab. Die Initiative will die Sinnlosigkeit des ewigen Wachstums auf eine gute und richtige Art begrenzen, indem sie nicht mehr Raum für unnötiges Wachstum einem der umweltschädlichsten Geschäfte, der Fliegerei, geben will. Über 20 Prozent des Schweizer CO<sub>2</sub>-Ausstosses stammen von der Fliegerei. Ein Ausbau respektive Ausweichen nach Dübendorf kann kein zukunftsgerichteter Plan sein, wenn wir – ich erwähnte es bereits – das Pariser Klimaabkommen nur einigermassen leben und zur Erreichung dessen Ziele beitragen wollen. Mit der vierten Piste in Dübendorf werden neue Gebiete und damit noch mehr Menschen massiv mit Flugimmis-

sionen, vorab Fluglärm, belastet. Die Initiative will richtigerweise den Jet-Verkehr auf dem Flughafen Kloten belassen und damit einer fragwürdigen Kapazitätserweiterung entgegenreten.

Wir Grünen unterstützen die «Nur-ein-Flughafen-Initiative» vorläufig. Danke.

*Laura Huonker (AL, Zürich):* Die Alternative Liste AL unterstützt die EI vorläufig, und zwar mit dem Anliegen der Anrainergemeinden, den Flugplatz für historische Zwecke zu nutzen. Der Flughafen Kloten will die Kleinfliegerei hinausbekommen, wie wir wissen, weil sie die Kapazitäten stört. Wenn ein Jet gelandet ist, muss man nämlich länger warten, bis ein kleineres Flugzeug landen kann, weil es sonst verwirbelt wird.

Für die Alternative Liste geht die Initiative derzeit in die richtige Richtung. Wir wollen keinen zweiten Flughafen. Besten Dank.

*Abstimmung*

**Auf die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative KR-Nr. 87/2020 entfallen 80 Stimmen. Damit ist die vorläufige Unterstützung zustande gekommen.**

*Ratspräsident Roman Schmid:* Die Einzelinitiative wird an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.